

Mit dem Sessionsbericht der vergangenen parlamentarischen Session (25. Mai bis 12. Juni 2009) erhalten Sie einen Überblick über die Diskussionen und Entscheide in den Geschäften im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI).

Eine Liste mit sämtlichen parlamentarischen BFI-Geschäften finden Sie auf der Website von **FUTURE** unter [parlamentarische Geschäfte](#).

Im Plenum behandelt

Noch keine Einigung beim Verfassungsartikel zur Forschung am Menschen

Die letzten beiden Differenzen beim neuen Verfassungsartikel zur Forschung am Menschen (07.072) konnten auch in der Differenzbereinigung am 4. und 11. Juni 2009 nicht ausgeräumt werden: Zum einen will der Ständerat die Forschungsfreiheit im neuen Verfassungsartikel nicht festschreiben. Zum anderen hat er den Begriff Gesundheit in der Formulierung «Der Bund trägt der Bedeutung der Forschung für Gesundheit und Gesellschaft Rechnung» gestrichen. Der Nationalrat hält weiterhin sowohl an der Verankerung der Forschungsfreiheit als auch am Begriff Gesundheit fest. In der Herbstsession (7. bis 25. September 2009) kommt es damit zur Einigungskonferenz.

{Wortprotokoll SR 4.6.09}

{Wortprotokoll NR 11.6.09}

Beratungen zu Teil A der Mehrwertsteuerrevision sind abgeschlossen

Die Beratungen zu Teil A der Totalrevision des Mehrwertsteuergesetzes (08.053) sind abgeschlossen. Wird kein Referendum ergriffen, tritt das revidierte MwSt-Gesetz am 1. Januar 2010 in Kraft. Das Sponsoring von Forschung und Entwicklung an Hochschulen, Mittel, die bei Forschungs Kooperationen fließen sowie Leistungen, die bei solchen Kooperationen erbracht werden, sind auch im neuen Gesetz nicht explizit von der MwSt ausgenommen. Bundespräsident Hans-Rudolf Merz bekräftigte am 5. Juni 2009 im Nationalrat aber, die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) werde die heutige Praxis beim Umgang mit Forschungs Kooperationen beibehalten (siehe [Herausgegriffen](#)).

{Wortprotokoll SR 2.6.09}

{Wortprotokoll NR 5.6.09}

{Wortprotokoll SR 10.6.09}

Menschenrechte und Biomedizin: Europäische Zusatzbestimmungen

Am 4. Juni 2009 akzeptierte der Ständerat die Zusatzbestimmungen zum Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin des Europarats (08.064). Der Nationalrat hatte dem Zusatzprotokoll bereits in der Frühlingssession 2009 zugestimmt.

{Wortprotokoll SR}

Gibt es bald einen Schweizer Innovationspark?

Der Ständerat hat am 4. Juni 2009 die Motion «Einrichtung eines Parc d'innovation suisse» (07.3582) der FDP-Liberalen Fraktion angenommen. In der Frühlingssession 2009 wurde die Motion bereits vom Nationalrat gutgeheissen. Der Bundesrat muss damit gesetzliche Grundlagen für die Einrichtung eines solchen Innovationsparks schaffen.

{Wortprotokoll SR}

Mehr Ärzte durch Abschaffung des Numerus Clausus

Der Ständerat hat am 4. Juni 2009 eine Motion (08.3608) von Nationalrätin Jacqueline Fehr (SP) angenommen, die eine Gesetzesänderung zur Behebung des Ärztemangels, insbesondere durch die Abschaffung des Numerus Clausus, fordert. Der Nationalrat hatte die Motion bereits in der Wintersession 2008 angenommen.

{Wortprotokoll SR}

Teilrevision des Forschungsgesetzes geht in die Differenzbereinigung

Der Nationalrat hat am 26. Mai 2009 den Entwurf zur Teilrevision des Forschungsgesetzes (08.079) mit Änderungen angenommen. Der Ständerat hatte das Geschäft bereits in der Frühlingssession 2009 beraten. Da der Nationalrat in einigen Punkten vom Ständerat abweicht, geht das Geschäft in die Differenzbereinigung.

{Wortprotokoll NR}

Keine Stärkung der Landwirtschafts- und Ernährungsforschung

Die Motion 08.3319 von Ständerat Peter Bieri (CVP) zur Stärkung des Forschungs- und Innovationsplatzes Schweiz im Bereich Landwirtschaft und Ernährung wurde vom Nationalrat am 26. Mai 2009 abgelehnt. Der Ständerat hatte die Motion in der Frühlingssession 2009 noch angenommen. Das Geschäft ist durch die Ablehnung des Nationalrats erledigt.

{Wortprotokoll NR}

Initiative für mehr Autonomie in der Forschungsförderung abgelehnt

Der Nationalrat hat am 26. Mai 2009 eine parlamentarische Initiative der FDP-Liberalen Fraktion für mehr Autonomie in der Forschungsförderung ([06.408](#)) abgelehnt. Die Autonomie sollte durch eine Änderung des Forschungsgesetzes erhöht werden. Da das Forschungsgesetz ohnehin teilrevidiert wird (siehe oben), wurde die Initiative hinfällig.
{Wortprotokoll NR}

Herausgegriffen

Bildungs- und Forschungsoperationen unter dem neuen MwSt-Gesetz

Der Nationalrat hatte bei der Beratung der Mehrwertsteuerrevision ([08.053](#)) in der Frühlingssession 2009 drei Änderungen beschlossen, welche die Hochschulkooperationen in Forschung und Bildung von der MwSt ausnehmen sollten: Zwei Stellen in Artikel 18 (Nicht-Entgelt) und eine Stelle in Artikel 21 (Ausnahmen). Der Ständerat ist dem Nationalrat in der Sommersession am 2. Juni 2009 jedoch nicht gefolgt. Die Stelle in Artikel 21 wurde gestrichen und die beiden Stellen in Artikel 18 verschoben, was de facto sogar eine Verschlechterung der Version des Bundesrates darstellte. Der Nationalrat hielt in der Differenzbereinigung nicht an seiner Version fest. Beide Räte verabschiedeten in der Schlussabstimmung am 12. Juni 2009 schliesslich die ursprüngliche Version des Bundesrats. Wird kein Referendum ergriffen, tritt das neue MwSt-Gesetz am 1. Januar 2009 in Kraft.

Bundespräsident Hans-Rudolf Merz versicherte an der Sitzung des Nationalrats vom 5. Juni 2009, die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) werde die Praxis bezüglich **Forschungsbeiträgen sowie Forschungsoperationen** auch unter dem neuen MwSt-Gesetz weiterführen. Demnach wären Forschungsoperationen auch weiterhin von der MwSt ausgenommen.

Bundesrat Merz hat allerdings keine Ausführungen zur Praxis der ESTV bezüglich **Bildungsoperationen** der öffentlichen Hand gemacht. Eine Weiterführung der bisherigen Verwaltungspraxis droht aufgrund der hohen formellen Auflagen der ESTV zu scheitern. Es besteht daher die Absicht, die Rahmenbedingungen zur MwSt-Befreiung von Leistungen bei Bildungsoperationen in der Verordnung zum neuen MwSt-Gesetz festzulegen. Damit soll eine klare Grundlage mit einer einfachen Handhabung geschaffen werden (siehe auch das [Factsheet](#) auf der Website des Netzwerks [FUTURE](#)).

Geschäfte, die vom Bundesrat beantwortet wurden

Zugang der Hochschulen zu elektronischen wissenschaftlichen Publikationen

Motion [09.3232](#) von Nationalrätin Adèle Thorens Goumaz (Grüne). Der Bundesrat beantragt dem Nationalrat die Ablehnung.
{Antwort des Bundesrats}

Investition in die Aus- und Weiterbildung von Solarfachleuten

Motion [09.3050](#) von Nationalrätin Adèle Thorens Goumaz (Grüne). Der Bundesrat beantragt dem Nationalrat die Ablehnung.
{Antwort des Bundesrats}

Ingenieurausbildung an der ETH Lausanne

Interpellation [09.3144](#) von Nationalrat Jean-Pierre Grin (SVP). Der Bundesrat antwortete am 20. Mai 2009.
{Antwort des Bundesrats}

Neu eingereichte Geschäfte

E-Learning-Strategie Schweiz

Interpellation [09.3671](#) von Nationalrätin Viola Amherd (CVP). Eingereicht am 12. Juni 2009.

Forschungsprogramm zur Bewältigung verschiedener Krisen

Motion [09.3576](#) der Grünen Fraktion. Eingereicht am 10. Juni 2009.

Gefährdung des Forschungsplatzes Schweiz im Bereich Biotechnologie?

Interpellation [09.3585](#) von Ständerätin Helen Leumann (FDP). Eingereicht am 10. Juni 2009.

Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG)

Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich ([09.057](#)). Der Bundesrat verabschiedete die Botschaft am 29. Mai 2009.

Weiterbildung

Parlamentarische Initiative 09.426 der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N). Eingereicht am 6. April 2009.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Informationen dienen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Netzwerk FUTURE
Wissenschaft und Politik

Almut Bonhage
almut.bonhage@netzwerk-future.ch

Claude Comina
claudio.comina@netzwerk-future.ch